



Niederschrift

24. öffentliche /nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.11.2015
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	bis 20.20 Uhr

zusätzliches Mitglied

Frau Anja Heigl	DIE aNDERE	
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	eher gegangen

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	ab 20.05 Uhr
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	bis 20.00 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	bis 20.20 Uhr
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz	Behindertenbeirat	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Beigeordneter

Herr Andreas Goetzmann i.V. des
Beigeordneten GB 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Saskia Hüneke	Grüne/B90	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	entschuldigt
----------------------------	-----------	--------------

Gäste:

Herr Werner (Bildungsorganisation und -planung zu TOP 4.1)
Herr Wolfram (Stadtentwicklung zu TOP 4.2)
Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.3 und 4.10)
Herr Dörrie (Verkehrsentwicklung zu TOP 4.4 und 4.8)
Frau Woiwode (Verkehrsanlagen zu TOP 4.11)
Frau Schneider (Kommunale Freiraumplanung und Spielplätze zu TOP 5.7)
Herr Fiebelkorn-Drasen (Rederecht zu TOP 4.7)

Niederschrift:

Frau Viola Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.11.15 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Schulwegsicherheit in Drewitz und Babelsberg erhöhen
Vorlage: 14/SVV/0894
Fraktion CDU/ANW
B/Sp. (ff)
(Wiedervorlage)
 - 4.2 Sicherung von Kleingärten
 - 4.2.1 Ausweitung Vorbereitende Untersuchungen Neuendorfer Anger/Horstweg

Vorlage: 15/SVV/0299
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
mit Änderungsantrag des Stadtverordneten Jäkel
(Wiedervorlage)

- 4.2.2 Verständigung zur Umsetzung des Beschlusses 15/SVV/0293 Berichterstattung
- Sicherung der Kleingartenanlagen "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg"
- 4.2.3 Aufstellungsbeschluss für B-Pläne zur Sicherung der Dauerkleingärten gemäß
Flächennutzungsplan
Vorlage: 15/SVV/0521
Fraktion DIE LINKE
- 4.2.4 Sicherung von Potsdams Kleingärten
Vorlage: 15/SVV/0651
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
KOUL
- 4.3 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen zu Bebauungsplan- oder
Satzungsverfahren und Beschluss zur Einstellung der Verfahren
Vorlage: 15/SVV/0656
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.4 Verkehrserschließung Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0694
Fraktion DIE LINKE
OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke
- 4.5 Krampnitz Verkehrserschließung
Vorlage: 15/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW
OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke
- 4.6 Mobilitätskonzept für die Ortsteile und den ländlichen Raum der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0672
Fraktion CDU/ANW
überwiesen in SBV, alle OBR
- 4.7 Konzept für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungfernsee
Vorlage: 15/SVV/0685
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
überwiesen in SBV (ff.), KOUL, K/W
- 4.8 Realisierung Radweg Stern-Schlaatz und Fortführung zur Innenstadt
Vorlage: 15/SVV/0771
Fraktion CDU/ANW
FA
- 4.9 Modellversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 15/SVV/0741
Fraktion DIE LINKE
- 4.10 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 36-3
"Speicherstadt-Süd", Teilbereich "Zur königlichen Hofbrauerei" der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0777
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 4.11 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland
Vorlage: 15/SVV/0791
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information der Verwaltung zum aktuellen Stand des Bebauungsplans Nr. 37 B
"Babelsberger Straße", 2. Änderung, Teilbereich Friedrich-List-Straße und zur
vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Auswertung des städtebaulichen Gutachterverfahrens "Insel Neu Fahrland"
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils
der Sitzung vom 10.11.2015

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.11.15 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße
Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern
fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und
Verkehr vom 10.11.2015 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 3 Ja-
Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zur Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende, dass es die Bitte aus
dem Ortsbeirat Neu Fahrland gegeben habe, die Berichterstattung TOP 5.2 –
Auswertung des städtebaulichen Gutachterverfahrens „Insel Neu Fahrland“ auf
die nächste Sitzung zu vertagen, da der Ortsbeirat heute zeitgleich tagt.

Weiterhin teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass es einen Antrag auf Rederecht von Herrn Fiebelkorn-Drasen zum TOP 4.7 – Konzept für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungfernsee – gebe.

Der Ausschussvorsitzende regt an, die TOP'e 4.2.3 und 4.2.4 gemeinsam zu behandeln.

Herr Goetzmann bittet unter dem TOP Sonstiges nochmals um Verständigung zur Teilnahme am Gutachterwettbewerb „Wohnungsneubau auf dem Brauhausberg“.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch, sodass die entsprechend geänderte Tagesordnung mit 6/0/0 bestätigt wird.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Vorhaben vor der Sitzung erfolgt ist. Es ist seitens der Verwaltung zugesagt worden auf vereinzelte Rückfragen in der nächsten Runde einzugehen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Schulwegsicherheit in Drewitz und Babelsberg erhöhen

Vorlage: 14/SVV/0894

Fraktion CDU/ANW

B/Sp. (ff)

(Wiedervorlage)

Herr Eichert erinnert, dass dieser Antrag aufgrund der Zusage der Verwaltung zur Aufnahme in das Schulentwicklungskonzept zurück gestellt worden ist.

Herr Werner (AG Bildungsorganisation und –planung) informiert mittels Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) über den aktuellen Stand. Am 24.09.2015 ist ein Vor-Ort-Termin durchgeführt worden. Im Ergebnis kann mitgeteilt werden, dass es kein unmittelbares Problem der Schulwegsicherheit wäre, sondern grundsätzliche Mängel in Bezug auf den Rad-und Fußgängerweg eingeschätzt werden. Da bereits die Markierung von einem Radschutzstreifen auf der Fahrbahn in Fahrtrichtung Nord in der August- Bebel- Straße im Rahmen des Radverkehrskonzeptes für nächstes Jahr vorgesehen ist, unterbreitet er den Vorschlag nach einer Lösung für die Querungsstelle im Rahmen dieser Maßnahme des Radverkehrskonzeptes 2016 zu suchen. Auch der Knotenpunkt Kreuzung August-Bebel-Straße / Rudolf-Breitscheid-Straße ist in diesem

Zusammenhang mit zu betrachten.

Herr Eichert bedauert, dass die Verwaltung hier noch nicht aktiv geworden ist, da die Gefahrenlage bestätigt worden ist und bittet den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Herr Kirsch schlägt vor den Antrag mit einer Terminsetzung zu versehen.

Frau Reimers bittet auch den Teil, der nur die Fußgänger betrifft, mit in die Prüfung einzubeziehen.

Herr Eichert greift den Hinweis von Herrn Kirsch auf und ergänzt den Antrag um folgenden Satz: „Über das Ergebnis der Prüfung ist bis zur STVV im März 2016 zu berichten.“

Herr Goetzmann teilt hinsichtlich der Terminstellung März 2016 mit, dass bis zu diesem Zeitpunkt die heute gegebenen Informationen nur hinsichtlich des Radverkehrskonzeptes ergänzt werden könnten. Herr Goetzmann macht deutlich, dass für die mit dem Prüfauftrag angeregte Umsetzung im Doppelhaushalt/Investitionshaushalt 2015/2016 keine Mittel vorgesehen sind.

Der Ausschussvorsitzende stellt den ungeänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen die Verkehrssicherheit und die Sicherheit der Schulwege im Bereich der August-Bebel-Straße/Stahnsdorfer Straße und der August-Bebel-Straße/Rudolf-Breitscheid-Straße erhöhen können. Insbesondere sollte die Prüfung berücksichtigen, ob eine weitere Querungshilfe etwa im Kreuzungsbereich Stahnsdorfer Straße/August-Bebel-Straße die Verkehrssicherheit und die Sicherheit der Schulwege erhöht. Entsprechende Zeitschienen zur Umsetzung der Maßnahmen sind durch die Verwaltung mitzuteilen.

Über das Ergebnis der Prüfung ist bis zur STVV im März 2016 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2 Sicherung von Kleingärten

zu 4.2.1 **Ausweitung Vorbereitende Untersuchungen Neuendorfer Anger/Horstweg**

Vorlage: 15/SVV/0299

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

mit Änderungsantrag des Stadtverordneten Jäkel

(Wiedervorlage)

Der Ausschussvorsitzende erinnert dass es sich hier um eine Wiedervorlage des Antrages der Fraktion Bürgerbündnis-FDP und einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE handelt.

Als Ausschussmitglied teilt Herr Jäkel mit, dass die Fraktion DIE LINKE ihren Änderungsantrag aufgrund durch den Wechsel in den Eigentumsverhältnissen entstandener anderer Situation und des inzwischen zwischen Eigentümern und Kleingarten-Sparte gefundenen Kompromisses aus sachlichen Gründen zurück zieht.

Herr Kirsch bittet um Zustimmung zum Antrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) berichtet über die intensiv geführte Diskussion in der Kleingartenkommission, die im Ergebnis folgende geänderte Antragsformulierung vorschlägt.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die vorbereitenden Untersuchungen zum Neuendorfer Anger/Horstweg auszuweiten (sh. Anlage 1 Übersichtskarte).

Die vorhandene gärtnerische Nutzung auf den einzubeziehenden Flächen soll dabei unter sachgerechter Abwägung der Eigentümerbelange möglichst weitgehend erhalten bleiben.

Im Zuge der Prüfungen ist insbesondere zu ermitteln, ob und wie durch einvernehmliche Regelungen mit den Eigentümern der gärtnerisch genutzten Flächen eine weitgehende Sicherung im Interesse der derzeitigen Nutzer gewährleistet werden kann. Alternativ sind qualifizierte Vorschläge zu erarbeiten, ob und wie eine weitgehende gärtnerische Nutzung durch Anwendung des Entwicklungsrechts langfristig gesichert werden kann.

Zu untersuchen ist darüber hinaus

- die Verbesserung des Fuß-/ Radwegenetzes durch Fortführung der östlich des Horstwegs endenden Wege (bereits errichtet bzw. Planung) und damit verbunden eine besseren Erlebbarkeit der gärtnerisch genutzten Flächen als Grün- und Erholungsflächen für die Öffentlichkeit.
- Sicherung der Funktion des Gebiets als Frischluftschneise für den Ortsteil Babelsberg
- Möglichkeiten zur Verringerung von Geruchsimmissionen durch das Pumpwerk

der Stadtwerke an der Dieselstraße

- die etwaige Verlängerung der Friesenstraße zur Verbesserung der Erschließungssituation

Schließlich soll untersucht werden, welche Möglichkeiten zur Erreichung der formulierten Ziele durch das Instrument der Entwicklungsmaßnahme eröffnet werden, die ohne Anwendung dieses Rechtsinstrumentes voraussichtlich nicht bestehen.“

Herr Wolfram bestätigt dass die v.g. Formulierung der Ziele der Vorbereitenden Untersuchung von dem Eigentümer der Teilfläche der Sparte Süd-West und dem Gartenverein mitgetragen wird, es liegt eine entsprechende Grundlagenvereinbarung vor.

Herr Wolfram ergänzt, dass für die weiteren Flächen, auf denen sich u.a. die Sparte „Angergrund“ befindet, derzeit noch keine Kompromissbereitschaft der Eigentümer zum Erhalt der Gärten erkennbar ist. Deshalb ist hier die Vorbereitende Untersuchung wichtig, um qualifizierte Vorschläge zur langfristigen Sicherung der gärtnerischen Nutzung zu entwickeln und abzusichern.

Der weitgehende Erhalt gärtnerischer Nutzung auf den Kernflächen soll als Planungsziel für die potenzielle Erweiterung des Entwicklungs-bereiches vorgegeben werden.

Herr Wolfram macht aufmerksam, dass die Durchführung Vorbereitender Untersuchungen nicht automatisch bedeutet, dass eine Entwicklungsmaßnahme durchgeführt werden muss und geht auf die mit den Eigentümern/Verein getroffene Vorvereinbarung erläuternd ein.

Herr Kirsch erklärt für die antragstellende Fraktion, dass er die mit der Kleingartenkommission abgestimmte Fassung übernimmt.

Herr Heuer äußert sich positiv zu dem gemeinsam gegangenen Weg und dankt allen, die sich in dieser Sache aufeinander zu bewegt haben und der Verwaltung für die Moderation des Verfahrens.

Der Ausschussvorsitzende stellt die vom Antragsteller geänderte Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die vorbereitenden Untersuchungen zum Neuendorfer Anger/Horstweg auszuweiten (**sh. Anlage 1 Übersichtskarte**).
~~Es sind Vorschläge zu erarbeiten und mit den Grundstückseigentümern zu~~

~~erörtern, wie der faktische Fortbestand der Gartennutzung gesichert werden kann.~~

Die vorhandene gärtnerische Nutzung auf den einzubeziehenden Flächen soll dabei unter sachgerechter Abwägung der Eigentümerbelange möglichst weitgehend erhalten bleiben.

Im Zuge der Prüfungen ist insbesondere zu ermitteln, ob und wie durch einvernehmliche Regelungen mit den Eigentümern der gärtnerisch genutzten Flächen eine weitgehende Sicherung im Interesse der derzeitigen Nutzer gewährleistet werden kann. Alternativ sind qualifizierte Vorschläge zu erarbeiten, ob und wie eine weitgehende gärtnerische Nutzung durch Anwendung des Entwicklungsrechts langfristig gesichert werden kann.

Zu untersuchen ist darüber hinaus

- **die Verbesserung des Fuß-/ Radwegenetzes durch Fortführung der östlich des Horstwegs endenden Wege (bereits errichtet bzw. Planung) und damit verbunden eine besseren Erlebbarkeit der gärtnerisch genutzten Flächen als Grün- und Erholungsflächen für die Öffentlichkeit.**
- **Sicherung der Funktion des Gebiets als Frischluftschneise für den Ortsteil Babelsberg**
- **Möglichkeiten zur Verringerung von Geruchsimmissionen durch das Pumpwerk der Stadtwerke an der Dieselstraße**
- **die etwaige Verlängerung der Friesenstraße zur Verbesserung der Erschließungssituation**

Schließlich soll untersucht werden, welche Möglichkeiten zur Erreichung der formulierten Ziele durch das Instrument der Entwicklungsmaßnahme eröffnet werden, die ohne Anwendung dieses Rechtsinstrumentes voraussichtlich nicht bestehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 4.2.2 Verständigung zur Umsetzung des Beschlusses 15/SVV/0293 Berichterstattung - Sicherung der Kleingartenanlagen "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg"

Herr Goetzmann greift den Beschluss der STVV von Juli 2015 auf, in welchem der Auftrag erfolgt ist, die Kleingartenanlagen, die aus der Voruntersuchung für das Gebiet „An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Straße und Horstweg“ ausgegliedert wurden, langfristig zu sichern und im SBV-Ausschuss darzulegen, mit welchen Instrumenten das erreicht werden könne.

Auf der Basis der im vorigen Tagesordnungspunkt gegebenen Beschlussempfehlung 15/SVV/0299 könne aus Sicht der Verwaltung die Berichterstattung zum Beschluss 15/SV/0293 als durch Verwaltungshandeln erledigt betrachtet werden.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

zu 4.2.3 Aufstellungsbeschluss für B-Pläne zur Sicherung der Dauerkleingärten gemäß Flächennutzungsplan

Vorlage: 15/SVV/0521

Fraktion DIE LINKE

Die Tagesordnungspunkte 4.2.3 15/SVV/0521 und 4.2.4 15/SVV/0651 werden gemeinsam behandelt.

Herr Jäkel berichtet von der gemeinsamen Initiative von Herrn Heuer und Jäkel zur Sicherung von Kleingärten und dem Bemühen um einen gemeinsamen Antrag.

Herr Jäkel informiert als Ausschussmitglied, dass folgende durch ihn im Ausschuss für Klimaschutz, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung am vergangenen Donnerstag vorgeschlagenen Änderungen/Ergänzungen durch den Antragsteller des Antrages 15/SVV/0651 aufgenommen worden sind und zu einer einstimmigen Beschlussempfehlung geführt habe.: In der 3. Zeile, statt „der“ neu „**aller**“ in Flächennutzungsplan.... Sowie folgende Einfügung in der 2. Zeile des 2. Absatzes „**weil sie nicht mit anderen Mitteln gesichert werden können**“ (gesamter Wortlaut sh. Tischvorlage). Ferner tritt Die Linke als Miteinreicher dem Antrag bei.

Herr Jäkel betont, dass er den Antrag 15/SVV/0521 zurückziehen würde, wenn auch der SBV-Ausschuss die Beschlussempfehlung des KOUL übernimmt.

Entsprechend der Geschäftsordnung wird zuerst der Antrag 15/SVV/0651 in der neuen Fassung zur Abstimmung gestellt. (sh. TOP 4.2.4)

Herr Jäkel erklärt, dass der Antrag 15/SVV/0521 inhaltlich in dem Antrag 15/SVV/0651 aufgegangen ist und daher zurückgezogen werde.

zu 4.2.4 Sicherung von Potsdams Kleingärten

Vorlage: 15/SVV/0651

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
KOUL

Siehe TOP 4.2.3

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Januar 2016 der Stadtverordnetenversammlung ein abgestuftes Konzept zur Sicherung der **aller** in Flächennutzungsplan und Kleingartenentwicklungskonzeption ausgewiesenen Kleingartenanlagen, deren Flächen sich nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden und deren Fortbestand gefährdet sein könnte, vorzulegen.

Für diejenigen Flächen, für die zur Sicherung der derzeitigen Nutzung ein vordringliches Planungserfordernis besteht, **weil sie nicht mit anderen Mitteln gesichert werden können**, sind gleichzeitig mit dem Konzept auch Aufstellungsbeschlüsse für entsprechende Bebauungspläne und die erforderlichen Veränderungssperren zur Entscheidung vorzulegen. Es sollen Optionen langfristiger Vertragslösungen und/oder dinglicher Sicherungen geprüft und dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.3 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen zu Bebauungsplan- oder Satzungsverfahren und Beschluss zur Einstellung der Verfahren
Vorlage: 15/SVV/0656**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Die Befassung in den Ortsbeiräten hat die Zustimmung gefunden. Der OBR Marquardt hat die Vorlage weder im Oktober noch im November 2015 auf die Tagesordnung genommen. Der Ortsbeirat Satzkorn wird sich erst am 26.11.2015 mit dieser Vorlage befassen.

Nach kurzer Verständigung hinsichtlich der noch nicht erfolgten Behandlung im OBR Satzkorn wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung vorbehaltlich der Behandlung im Ortsbeirat Satzkorn zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die in der Anlage 1 aufgeführten Aufstellungsverfahren zu Bebauungsplänen und Satzungen werden eingestellt, die zugehörige Begründung (Anlage 2) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.4 Verkehrserschließung Krampnitz

Vorlage: 15/SVV/0694

Fraktion DIE LINKE

OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke

Seitens der Verwaltung erfolgt der Vorschlag den TOP 4.4 15/SVV/0694 und TOP 4.5 125/SVV/0745 aufgrund des engen inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu behandeln.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

Herr Jäkel bringt den Antrag 15/SVV/0694 ein. Er erinnert an das durchgeführte Wettbewerbsverfahren „Eingangsbereich ehemalige Kaserne Krampnitz“, welches als Wettbewerbssieger eine Verkehrslösung mit abknickender Bundesstraße 2 vorsieht. Er bedauert, dass er nur bei dem ersten Teil des Wettbewerbsfahrens eingebunden worden ist. Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE soll eine Verkehrslösung ohne ein Abknicken der Bundesstraße ausgewählt werden sowie eine kreuzungsfreie Zuwegung für Fußgänger aus dem Gebiet Krampnitz zum Seeufer ermöglicht werden. .

Herr Eichert bringt den Antrag 15/SVV/0745 ein.

Herr Schütt verweist auf das Erfordernis erst Grundlagen für eine weiter gehende Lösung schaffen und stellt den Geschäftsordnungsantrag in der Reihenfolge zuerst den Antrag 15/SVV/0745 abzustimmen.

Herr Dörrie (Bereich Verkehrsentwicklung) geht auf die Planung der vergangenen Monate und die wesentlichen Rahmenbedingungen und erforderliche Leistungsfähigkeitsuntersuchen anhand einer Präsentation ein (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt). Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Untersuchungsergebnisse aufzubereiten und im Januar oder Februar 2016 im SBV-Ausschuss vorzustellen.

Herr Goetzmann ergänzt, dass dies mit der Zielrichtung erfolgen wird, die Ergebnisse nicht nur im SBV-Ausschuss vorzustellen, sondern bereits vor der Beratung auszureichen. So dass die Ausschussmitglieder vor der Befassung im SBV-Ausschuss die Gelegenheit erhalten, diese in ihren Fraktionen zu erörtern. Die Verwaltung schlägt vor, die beiden Anträge solange ruhen zu lassen.

Herr Kirsch greift den Vorschlag der Verwaltung auf und stellt den Geschäftsordnungsantrag die Anträge 15/SVV/0694 und 15/SV/0745 zurückzustellen, bis die Ergebnisse vorliegen.

Für diesen GO-Antrag spricht Herr Jäkel. Er bittet im Protokoll festzuhalten, dass keine präjudizierende Entscheidung in der Zwischenzeit erfolgt, die die verschiedenen Varianten ausschließen. Ebenso bittet er die Qualität der Fußgängerquerung und Barrierefreiheit dabei zu berücksichtigen. Dagegen spricht niemand.

Es erfolgt die Abstimmung folgenden Geschäftsordnungsantrages:

Die Behandlung der Anträge 15/SVV/0694 und 15/SVV/0745 werden bis spätestens März 2016 zurück gestellt. Die Ergebnisse der Verwaltung sind bis zu diesem Zeitpunkt vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: 6/0/0

zu 4.5 Kramnitz Verkehrserschließung

Vorlage: 15/SVV/0745

Fraktion CDU/ANW

OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke

Siehe TOP 4.4 – zurück gestellt bis spätestens März 2016.

zu 4.6 Mobilitätskonzept für die Ortsteile und den ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0672

Fraktion CDU/ANW

überwiesen in SBV, alle OBR

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) berichtet eingangs über die bereits erfolgte Behandlung in verschiedenen Ortsbeiräten. Der OBR Neu Fahrland wird sich heute mit diesem Antrag befassen und der OBR Satzkorn am 26.11.2015.

Herr Wolfram führt aus, dass das Themenfeld „Verkehr/ Mobilität“ bereits konzeptionell im Sinne dieses Antrages im Rahmen zu erarbeitenden Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam bearbeitet wird. Die Aufbereitung des Strategiekonzeptes erfolgt auch unter Einbeziehung der Ortsvorsteher und beinhaltet beim Schwerpunktthema Verkehr/ Mobilität sowohl die Erstellung einer zusammenfassenden Übersicht aller bereits vorliegenden verkehrlichen Planungen in Bezug auf den Ländlichen Raum, als auch die Durchführung einer Defizitanalyse und Prüfung zusätzlicher Maßnahmen. Herr Wolfram ergänzt, dass die integrierte Bearbeitung des Mobilitätsthemas die in der Antragsbegründung dargelegten Intentionen nach Berücksichtigung der örtlichen Entwicklungen und Bedarfe, z.B. im Hinblick auf die Erreichbarkeit sozialer, medizinischer und sonstiger Versorgungseinrichtungen unterstützen würde.

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Vorstellung des Ergebnisses der Strategieplanung Ländlicher Raum im Oktober 2016 abzuwarten und keine zusätzliche parallele Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes für die Ortsteile und den ländlichen Raum zu beauftragen. Herr Wolfram ergänzt, dass dies aus Kapazitätsgründen auch nicht umsetzbar sei.

Herr Eichert regt an die Behandlung bis zur Vorlage aller Voten zurück zu stellen. Aus seiner Sicht sei der Antrag eine Bestärkung das Erfordernis mit auf den Weg zu geben.

Herr Goetzmann greift den Hinweis auf und schlägt – wenn es die einvernehmliche Situation ist – folgende Ergänzung vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen der laufenden Strategieplanung für den ländlichen Raum** ein Mobilitätskonzept...“

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag mit der vorgenommenen Ergänzung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen der laufenden Strategieplanung für den ländlichen Raum** ein Mobilitätskonzept, für die Ortsteile und den ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam zu entwickeln. Hierbei sollte möglichst ein dynamisches Konzept, das stufenweise durch die Vorgabe von Zwischenzielen umgesetzt und regelmäßig aktuellen Entwicklungen angepasst wird, angestrebt werden.

Das Ergebnis ist bis Oktober 2016 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 4.7 Konzept für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungfernsee

Vorlage: 15/SVV/0685

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
überwiesen in SBV (ff.), KOUL, K/W

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass der Antrag in der vergangenen Woche bereits Zustimmung in den Ausschüssen Kultur und Wissenschaft sowie Klimaschutz, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung gefunden habe.

Herr Fiebelkorn-Drasen nimmt für den Verein „Erinnerungsorte Potsdamer Grenze“ das Rederecht wahr. Er spricht sich dafür aus die Authentizität des Geländes zu bewahren. Dies solle mit Hilfe bürgerschaftlichen Engagements erreicht werden.

Herr Kühnemann unterstützt als Vertreter der antragstellenden Fraktion die Ausführungen von Herrn Fiebelkorn-Drasen und bittet den SBV-Ausschuss sich den Voten der Ausschüsse K/W und KOUL anzuschließen.

Frau Schneider (Arbeitsgruppe Kommunale Freiraumplanung und Spielplätze) bestätigt, dass es zwischen dem Verein „Erinnerungsorte Potsdamer Grenze“ und der Verwaltung eine unterschiedliche Sicht zur Herangehensweise gebe. Die Klärung könne in einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Verein herbeigeführt werden. Sie kündigt an, dass bereits in den nächsten Tagen eine Einladung an Vertreter der Denkmalpflege, des Kulturstamtes, dem Bereich Planungsrecht sowie Vertretern des Vereines gehen wird.

Herr Heuer äußert dass der Antrag ergebnisoffen sei und bittet dies bei der Herangehensweise zu berücksichtigen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für das Gelände der ehemaligen Grenzanlagen am Jungferensee bzw. der Bertinistraße zu entwickeln, das vor allem den Grenzturm, die Dieselhalle (ehem. GÜST Nedlitz) und das Wasserwerk einbezieht.

Dazu sollen die Konzeptvorschläge des Vereins "Erinnerungsorte Potsdamer Grenze" herangezogen werden.

Das Konzept ist der Stadtverordnetenversammlung im März 2016 vorzulegen. Bis dahin dürfen authentische Bauwerke und Zeugnisse in diesem Bereich, die sich im Besitz der Landeshauptstadt Potsdam befinden, nicht abgerissen oder verändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

**zu 4.8 Realisierung Radweg Stern-Schlaatz und Fortführung zur Innenstadt
Vorlage: 15/SVV/0771**

Fraktion CDU/ANW
FA

Herr Eichert bringt den Antrag mit dem Verweis ein, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Herr Dörrie macht aufmerksam, dass auch für die Umsetzung eines Prüfauftrages Arbeitskapazitäten gebunden werden. Er bestätigt, dass die Brücken Engstellen darstellen, jedoch eine Verbreiterung nicht möglich sei. Alternativstrecken sind

nutzbar, wenn auch mit Umwegen. Die Alternativstrecke besteht in der Verlängerung der Wetzlarer Straße mit Nuthebrücke und Fortführung über den Uferweg der Nuthe. Der Fuß- und Radverkehr wird nördlich des Horstweges über den Schlaatzweg und Schlaatzstraße bis zur Friedrich-Engels-Str. geführt. Ebenso besteht die Möglichkeit der Anbindung vom Schlaatz in Richtung Innenstadt über die Straße Am Nuthetal parallel der Tram und der Heinrich-Mann-Allee.

Ein Weg entlang der Nuthe wird nicht als erforderlich angesehen.

Herr Dörrie verweist auf das Rahmenverkehrskonzept, welches ähnliche Problemstellen auch an anderen Stellen der Stadt aufzeigt. Es ist vorgesehen, das Gesamtkonzept im nächsten Jahr vorzustellen und im SBV-Ausschuss zu diskutieren.

Auf Nachfrage von Herrn Tomczak berichtet Herr Dörrie, dass die Verbesserung der Verbindung Schlaatzweg/ Schlaatzstraße Teil des Radverkehrskonzeptes sei.

Nach weiterer kurzer Verständigung stellt der Ausschussvorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung mögen beschließen:

zu prüfen, wie der mit Planung und Bau für das Haushaltsjahr 2015/2016 vorgesehene Geh- und Radweg Stern-Schlaatz,

1. nicht nur bis zur Nutheschnellstraße, sondern auch tatsächlich bis zum Schlaatz geführt werden kann, indem die Engpässe an der Brücke über die Eisenbahn entlang der Nutheschnellstraße und an der Brücke über die Nuthe für Begegnungsverkehr mit Radfahrern und Fußgängern ertüchtigt werden oder eine alternative Routenführung erfolgt;
2. der Geh- und Radweg bis in die Innenstadt fortgeführt werden kann, indem entlang der Nuthe der weitere Ausbau zwischen Horstweg und Friedrich-Engels-Straße erfolgt.

Der Stadtverordnetenversammlung ist über das Ergebnis der Prüfung bis zum Ende des 1. Quartals 2016 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.9 Modellversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 15/SVV/0741
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein. Ziel des Antrages sei es, derzeit von dem geplanten Modellversuch abzusehen und alle anderen Maßnahmen voranzutreiben sowie eine einvernehmliche Lösung mit dem Landkreis Potsdam Mittelmark zu finden.

Herr Goetzmann bringt in Erinnerung, dass die Verwaltung mit dem Beschluss vom 7. Oktober 2015 ein umfangreiches Programm zur Erledigung erhalten habe. Die Verwaltung ist dabei dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die inhaltlichen Abhängigkeiten setzen ein sorgfältig durchdachtes und systematisches Arbeitsprogramm voraus. Herr Goetzmann bittet zu beachten, dass die Werte der Luftschadstoffe oberhalb der zulässigen Grenze liegen. Derzeit erfolgt eine Strukturierung der unterschiedlichen Aufgaben. Dazu gehört auch die Fortführung der Gespräche mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und den anliegenden Kommunen.

Herr Goetzmann ergänzt dass davon ausgegangen werden kann, dass im Jahr 2015 aufgrund der erforderlichen Vorbereitungszeit keine Veränderung in der Zeppelinstraße erfolgen wird.

Herr Eichert betont, dass der Beschluss 15/SVV/0620 das Ergebnis einer intensiven Verständigung innerhalb der Kooperation sei und der Aufgabenkatalog jetzt Schritt für Schritt abgearbeitet werden müsse. Er sehe keinen Sinn darin etwas aufzuheben, was noch gar nicht angeordnet worden ist. Zielstellung des Beschlusses 15/SVV/0620 sei auch die Konsensfindung mit dem Land. Aus seiner Sicht sei der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt und schlägt dem Antragsteller vor, den Antrag 15/SVV/0741 zurück zu nehmen.

Frau Reimers äußert sich verwundert über den Antrag. Sie bestätigt die Ausführungen von Herrn Eichert, dass dieses Thema umfänglich diskutiert worden ist. Alle Argumente sind ausgetauscht worden, so dass keine weitere inhaltliche Auseinandersetzung erforderlich ist. Mit dem Beschluss 15/SVV/0620 ist es gelungen, einen Konsens auf breiter Basis zu finden.

Nach weiterer kurzer Verständigung stellt der Ausschussvorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 7.10. 2015, DS 15/SVV/0620, Punkt 4, zur Durchführung eines Modellversuches zur Verengung der Zeppelinstraße wird aufgehoben.

Es wird angestrebt, eine einvernehmliche Lösung mit dem Landkreis Potsdam Mittelmark zu finden.

Ziel ist es darüber hinaus, Akzeptanz für das weitere Vorgehen zur Zurückdrängung der Schadstoffbelastung in der Potsdamer Bevölkerung zu erreichen.

Unter dieser Voraussetzung wird eine Entscheidung über einen Modellversuch

zur Einengung der Zeppelinstraße ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.10 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 36-3 "Speicherstadt-Süd", Teilbereich "Zur königlichen Hofbrauerei" der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0777

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Sie macht aufmerksam, dass bereits zur nächsten Sitzung die Behandlung der Vorlage zur Konkretisierung der Planungsziele für diesen Bebauungsplan vorgesehen ist und regt an, die Vorlage 15/SVV/0777 bis zur nächsten Sitzung zurück zu stellen und dann intensiv zu diskutieren.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung der Vertagung auf die kommende Sitzung:

Abstimmungsergebnis: 6/0/0

zu 4.11 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland

Vorlage: 15/SVV/0791

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen (Mitteilungsvorlage)

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 15/SVV/0791 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information der Verwaltung zum aktuellen Stand des Bebauungsplans Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 2. Änderung, Teilbereich Friedrich-List-Straße und zur vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) informiert über den aktuellen Stand des Bebauungsplanverfahrens (die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt). Mit der heutigen Information an den SBV-Ausschuss ist vorgesehen, im Januar 2016 unmittelbar ohne Beschluss in die Öffentlichkeitsbeteiligung zu gehen und im Februar 2016 die Endverhandlung des Städtebaulichen Vertrages zu führen. Eine anschließende Information an den SBV-Ausschuss wird erfolgen.

zu 5.2 Auswertung des städtebaulichen Gutachterverfahrens "Insel Neu Fahrland" Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Sh. Verständigung zur Tagesordnung - vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 6 Sonstiges

Herr Goetzmann erinnert an die Verabredung in der vergangenen Sitzung. Die erbetene Information zum Gutachterverfahren „Wohnungsneubau auf dem Brauhausberg (Alter Landtag) Potsdam ist den Ausschussmitgliedern zugeleitet worden und bittet um Rückmeldung, wer als Ausschussvertreter für die weitere Verfahrensvorbereitung eingeplant werden könne.

Der Ausschussvorsitzende bedauert, dass zu Ort und Zeitplanung noch keine konkrete Aussage getroffen worden ist. Aus seiner Sicht sei es erforderlich den Zeitrahmen –und Umfang näher einzugrenzen.

Herr Goetzmann antwortet, dass mit zweimal einem halben Tag gerechnet werden müsse.

Frau Reimers erklärt sich bereit. Jedoch wären nähere Informationen hilfreich.

Auch Herr Tomczak erklärt, dass er – mit einigem Vorlauf – ggf. teilnehmen könne.

Die Verwaltung wird gebeten, sobald näheres bekannt ist, den Ausschuss zu informieren bzw. ggf. eine nochmalige Verständigung unter dem TOP Sonstiges vorzusehen.